

Urteile zu datenschutzrechtlichem Auskunftsrecht

Stand 01.06.22

Datum	Entscheidung	Schlagworte
13.05.22	OLG Köln, Urteil vom 13.05.2022 - 20 U 198/21	Verurteilung zu Auskunft über Beitragsanpassungen in bestimmtem Zeitraum und zur Zurverfügungstellung umfassender Unterlagen (extensive Auslegung Kopieanspruch). Kein Rechtsmißbrauch, wenn es Betroffenen im Ergebnis nicht primär um den Schutz seiner Daten geht, sondern um die Geltendmachung vermögensrechtlicher, durch Art. 15 Abs. 1 DSGVO nicht geschützter, Ansprüche in einem Gerichtsverfahren.
29.03.22	OLG Dresden, Urteil vom 29.03.2022 - 4 U 1905/21	Missbrauch bei datenschutzrechtlichen Auskunftsansprüchen
29.03.22	BGH, Beschluss vom 29.03.2022 - VI ZR 1352/20	Vorlagefragen an EuGH zur Auslegung von Art. 15 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Art. 12 Abs. 5 und Art. 23 Abs. 1 DSGVO bezüglich der Reichweite des unionsrechtlichen Anspruchs des Patienten gegen den behandelnden Arzt auf kostenfreie Zurverfügungstellung einer ersten Kopie seiner in der Patientenakte verarbeiteten personenbezogenen Daten und der Möglichkeit einer Beschränkung dieses Anspruchs durch § 630g Abs. 2 Satz 2 BGB (Vorinstanz LG Dessau-Roßlau 15. Dezember 2020 Az: 8 S 52/20), u.a. "3. Falls die Frage 1 verneint und die Fragen 2a, 2b oder 2c verneint werden: Umfasst der Anspruch aus Art. 15 Abs. 3 Satz 1 DS-GVO im Arzt-Patienten-Verhältnis einen Anspruch auf Überlassung von Kopien aller die personenbezogenen Daten des Patienten enthaltenden Teile der Patientenakte oder ist er nur auf Herausgabe einer Kopie der personenbezogenen Daten des Patienten als solche gerichtet, wobei es dem datenverarbeitenden Arzt überlassen bleibt, in welcher Weise er dem betroffenen Patienten die Daten zusammenstellt?"
23.03.22	OLG Schleswig, Beschluss vom 23.03.2022 - 9 Wx 23/21	§ 21 Abs. 2 TTDSG beinhaltet nunmehr eine spezialgesetzliche Anspruchsgrundlage für eine Auskunftspflicht des Betreibers einer Social-Media-Plattform - hier Instagram - gegenüber den Betroffenen von Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Der Auskunftsanspruch umfasst jedoch nur die Bestandsdaten, nicht aber die Nutzungsdaten.
14.03.22	OLG Nürnberg, Urteil vom 14.03.2022 - 8 U 2907/21	Rechtsmissbräuchlicher DSGVO-Auskunftsanspruch (Information über Anpassung von Versicherungsprämien)
23.02.22	LG Essen, Urteil vom 23.2.2022 - 18 O 204/21	Rechtsmissbräuchlicher DSGVO-Auskunftsanspruch (Information über Anpassung von Versicherungsprämien)
22.02.22	BGH, Urteil vom 22. 2.2022 - VI ZR 14/21	Zur Beschränkung des Auskunftsrechts über die Herkunft von Daten gemäß Art. 15 Abs. 1 Halbsatz 2 lit. g DSGVO durch datenschutzrechtlich geschützte Interessen Dritter.
23.12.21	LG Leipzig, Urteil vom 23.12.2021 – 03 O 1268/21	Anspruch auf Kopie umfasst anwaltliche Handakten. Kein Schadensersatz für nicht ordnungsgemäß und verspätet erteilte Auskunft nach Art. 15 DSGVO. Beeinträchtigung von gewisser Erheblichkeit erforderlich, bloßes Warten auf Auskunft reicht nicht.
16.12.21	BAG, Urteil vom 16.12.2021 - 2 AZR 235/21	Ein Klageantrag, der ergänzend zum Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 Halbs. 2 DSGVO auslegungsbedürftige Begriffe enthält, über deren Inhalt nicht behebbare Zweifel bestehen, ist nicht hinreichend bestimmt. Verfahrensgang ArbG Stuttgart, 05.06.2019 - 3 Ca 4960/18; LAG Baden-Württemberg, 17.03.2021 - 21 Sa 43/20; BAG, 16.12.2021 - 2 AZR 235/21
15.12.21	LG Paderborn, Urteil vom 15.12.2021 - 4 O 275/21	Rechtsmissbräuchlicher DSGVO-Auskunftsanspruch (Information über Anpassung von Versicherungsprämien)
26.11.21	LG Siegen, Beschluss vom 26.11.2021 - 2 O 236/21	Rechtsgrundlage des Auskunftsrechts gegenüber einem in kirchlichem Besitz befindlichen Krankenhaus
24.11.21	OLG München, Hinweisbeschluss vom 24.11.2021 - 14 U 6205/21	Rechtsmissbräuchlicher DSGVO-Auskunftsanspruch (Information über Anpassung von Versicherungsprämien)
18.11.21	LAG Berlin, Urteil vom 18.11.2021 - 10 Sa 443/21	€1000 Schadensersatz wegen unvollständiger Auskunft über Daten nach Art. 15 DSGVO
15.11.21	OLG Hamm, Beschluss vom 15.11.2021 - 20 U 269/21	Rechtsmissbräuchlicher DSGVO-Auskunftsanspruch (Information über Anpassung von Versicherungsprämien)
15.11.21	AG Hamburg, Urteil vom 15.11.2021 - 11 C 75/21	Keine Auskunftspflicht des Insolvenzverwalters nach Art.15 DSGVO für Daten des Schuldners da nicht Verantwortlicher gem. Art. 4 Ziff. 7 DSGVO
28.10.21	LG Düsseldorf, Urteil vom 28.10.2021 - 16 O 128/20	Art. EWG_DSGVO Artikel 82 Abs. EWG_DSGVO Artikel 82 Absatz 1 DSGVO ist dahingehend auszulegen, dass von der Schadensersatzpflicht lediglich solche Schäden umfasst sind, die auf Grund einer Verarbeitung entstehen; die verzögerte Reaktion auf ein Auskunftsverlangen stellt keine Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der DSGVO dar.
26.10.21	LG Detmold, Urteil vom 26.10.2021 - 2 O 108/21	Rechtsmissbräuchlicher DSGVO-Auskunftsanspruch (Information über Anpassung von Versicherungsprämien)
22.10.21	LAG Niedersachsen, Urteil vom 22.10.2021 - 16 Sa 761/20	€ 1.250 EURO Schadensersatz aus Art. 82 DSGVO für verspätete Auskunftserteilung gemäß Art. 15 DSGVO. Keine Erheblichkeitsschwelle für Anspruch
06.10.21	LG Krefeld, Urteil vom 06.10.2021 - 2 O 448/20	Rechtsmissbräuchliche Geltendmachung eines DSGVO-Auskunftsanspruchs
04.10.21	OLG München, Urteil vom 04.10.2021 - 3 U 2906/20	Auskunftsanspruch (auch) des Kapitalanlegers nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DSGVO (Kopien aller personenbezogenen Daten)

22.09.21	Verwaltungsgericht Ostfinnland (Itä-Suomen hallinto-oikeus), Finnland, Vorabentscheidungsersuchen, eingereicht am 22.09.2021 - EuGH C-579/21	Vorlagefragen an EuGH zum Umfang des Auskunftsanspruchs: 1. Ist das der betroffenen Person gemäß Art. 15 Abs. 1 [DSGVO] zustehende Auskunftsrecht in Verbindung mit dem [Begriff] „personenbezogene Daten“ im Sinne von Art. 4 Nr. 1 der Verordnung so auszulegen, dass von dem Verantwortlichen erhobene Informationen, aus denen hervorgeht, wer die personenbezogenen Daten der betroffenen Person wann und zu welchem Zweck verarbeitet hat, keine Informationen darstellen, zu denen die betroffene Person ein Zugangsrecht hat, insbesondere weil es sich um Daten handelt, die Arbeitnehmer des Verantwortlichen betreffen? 2. Falls die Antwort auf Frage 1 „ja“ lautet..., sind im vorliegenden Fall noch die Informationen in Betracht zu ziehen, zu denen die betroffene Person gemäß Art. 15 Abs. 1 Buchst. [a bis h] ein Zugangsrecht hat: a. Wie ist der Verarbeitungszweck im Sinne von Art. 15 Abs. 1 Buchst. a im Hinblick auf den Umfang des Auskunftsrechts der betroffenen Person auszulegen, d. h. kann der Verarbeitungszweck ein Recht auf Auskunft über die Benutzerprotokolldaten begründen, die der Verantwortliche erhoben hat, wie etwa Informationen zu personenbezogenen Daten der Verarbeitenden, den Zeitpunkt sowie den Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten? b. Können die Personen, die die Kundendaten von J. M. verarbeitet haben, in diesem Zusammenhang unter bestimmten Kriterien als Empfänger der personenbezogenen Daten gemäß Art. 15 Abs. 1 Buchst. c [DSGVO] angesehen werden, über die die betroffene Person berechtigt wäre, Auskunft zu erhalten? 3. Ist es für das Verfahren von Bedeutung, dass es sich um eine Bank handelt, die eine reglementierte Tätigkeit ausübt, oder dass J. M. gleichzeitig sowohl für die Bank gearbeitet hat als auch deren Kunde war? 4. Ist es für die Bewertung der oben gestellten Fragen relevant, dass die Daten von J. M. vor Inkrafttreten der [DSGVO] verarbeitet wurden?
09.09.21	AG Pfaffenhofen, Urteil vom 09.09.2021 - Az 2 C 133/21	€ 300 Schadensersatz u. a. wegen Nicht-/Späterteilung Auskunft
02.09.21	LG München I, Endurteil vom 02.09.2021 – 23 O 10931/20	Die zur Auskunftserteilung zur Verfügung gestellten Links funktionierten nicht. Die Behauptung eines Schadens durch Kontrollverlust genügt aber nicht zur Feststellung eines bemessbaren immateriellen Schadens.
31.08.21	Oberlandesgericht Dresden, Urteil v. 31.08.2021 - Az.: 4 U 324/21	1. Eine Datenverarbeitung liegt auch in der im Rahmen einer vertraglichen Gewährleistung erfolgten physischen Zerstörung einer Festplatte, die personenbezogene Daten des Betroffenen enthält. 2. Die Einwilligung in eine solche Verarbeitung kann auch durch schlüssiges Verhalten erklärt werden. Bei der Rücksendung einer Festplatte an den Verkäufer im Rahmen einer vertraglichen Garantie liegt sie jedenfalls dann vor, wenn der Verkäufer vorab darauf hingewiesen hatte, dass auch deren Austausch in Betracht kommt und für die Datensicherung allein der Kunde verantwortlich ist. 3. Mit der Erklärung, den eingesandten Datenträger nicht mehr im Besitz und die aufgespielten Daten nicht ausgelesen zu haben, hat der Verantwortliche den Auskunftsanspruch des Betroffenen erfüllt; weitere Auskünfte schuldet er dann nicht.

09.08.21	Österreichisches BVerwG, Vorlagebeschluss vom 09.08.2021 - W211 2222613-2/12E (EuGH C-487/21)	<p>Vorlagefragen an den EuGH:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist der Begriff der „Kopie“ in Art 15 Abs. 3 [DSGVO] dahingehend auszulegen, dass damit eine Fotokopie bzw. ein Faksimile oder eine elektronische Kopie eines (elektronischen) Datums gemeint ist, oder fällt dem Begriffsverständnis deutscher, französischer und englischer Wörterbücher folgend unter den Begriff auch eine „Abschrift“, un „double“ („duplicata“) oder ein „transcript“? 2. Ist Art 15 Abs. 3 Satz 1 DSGVO ... dahingehend auszulegen, dass darin ein allgemeiner Rechtsanspruch einer betroffenen Person auf Ausfolgung einer Kopie – auch – gesamter Dokumente enthalten ist, in denen personenbezogene Daten der betroffenen Person verarbeitet werden, bzw. auf Ausfolgung einer Kopie eines Datenbankauszuges bei Verarbeitung der personenbezogenen Daten in einer solchen, oder besteht damit – nur – ein Rechtsanspruch für die betroffene Person auf originalgetreue Reproduktion der nach Art 15 Abs. 1 DSGVO zu beauskunftenden personenbezogenen Daten? 3. Für den Fall, dass die Frage 2. dahingehend beantwortet wird, dass nur ein Rechtsanspruch für die betroffene Person auf originalgetreue Reproduktion der nach Art 15 Abs. 1 DSGVO zu beauskunftenden personenbezogenen Daten besteht, ist Art 15 Abs. 3 Satz 1 DSGVO dahingehend auszulegen, dass es bedingt durch die Art der verarbeiteten Daten und das Transparenzgebot in Art 12 Abs. 1 DSGVO im Einzelfall dennoch erforderlich sein kann, auch Textpassagen oder ganze Dokumente der betroffenen Person zur Verfügung zu stellen? 4. Ist der Begriff „Informationen“, die nach Art 15 Abs. 3 Satz 3 DSGVO der betroffenen Person dann, wenn diese den Antrag elektronisch stellt, „in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen“ sind, „sofern sie nichts anderes angibt“, dahingehend auszulegen, dass damit allein die in Art 15 Abs. 3 Satz 1 genannten „personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind“ gemeint sind? <ol style="list-style-type: none"> a. Falls die Frage 4. verneint wird: Ist der Begriff „Informationen“, die nach Art 15 Abs. 3 Satz 3 DSGVO der betroffenen Person dann, wenn diese den Antrag elektronisch stellt, „in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen“ sind, „sofern sie nichts anderes angibt“, dahingehend auszulegen, dass darüber hinaus auch die Informationen gemäß Art 15 Abs. 1 lit a) bis h) DSGVO gemeint sind? b. Falls auch die Frage 4.a. verneint wird: Ist der Begriff „Informationen“, die nach Art 15 Abs. 3 Satz 3 DSGVO der betroffenen Person dann, wenn diese den Antrag elektronisch stellt, „in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen“ sind, „sofern sie nichts anderes angibt“, dahingehend auszulegen, dass damit über die „personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind“ sowie über die in Art. 15 Abs. 1 lit a)–h) DSGVO genannten Informationen hinaus beispielsweise dazugehörige Metadaten gemeint sind?
30.07.21	VG Wiesbaden, Beschluss vom 30.07.2021 - 6 K 421/21.WI	<p>Vorlagefragen an EuGH:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Sind Art. 15 Abs. 3 und Abs. 1 i.V.m. Art. 14 der ... Richtlinie (EU) 2016/680 im Lichte von Art. 54 Richtlinie (EU) 2016/680 so auszulegen, dass er eine nationale Regelung zulässt, <ol style="list-style-type: none"> a) nach der bei gemeinsamer Verantwortlichkeit für eine Datenverarbeitung die eigentlich für die gespeicherten Daten verantwortliche Stelle nicht benannt werden muss und b) die es zudem zulässt, dass einem Gericht keine inhaltliche Begründung für die Auskunftsverweigerung gegeben wird? 2) Falls die Fragen 1a und 1b zu bejahen sind, ist Art. 15 Abs. 3 und Abs. 1 der Richtlinie (EU) 2016/680 mit dem Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf aus Art 47 GRCh vereinbar, obwohl es dem Gericht so verunmöglicht wird <ol style="list-style-type: none"> a) den nationalen Verfahrensvorschriften entsprechend in einem mehrstufigen Verwaltungsverfahren die weitere beteiligte und tatsächlich verantwortliche Behörde, die ihr Einvernehmen zur Auskunftserteilung erteilen muss, zum Verfahren beizuladen und b) inhaltlich zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Auskunftsverweigerung vorliegen und durch die die Auskunft verweigernde Behörde korrekt angewandt wurden? 3) Wird durch die Verweigerung der Auskunft und somit eines wirksamen Rechtsbehelfs nach Art. 47 GRCh rechtswidrig in die Berufsfreiheit nach Art. 15 GRCh eingegriffen, wenn die gespeicherten Informationen dazu genutzt werden, eine betroffene Person von der angestrebten Tätigkeit wegen eines vermeintlichen Sicherheitsrisikos auszuschließen?
29.07.21	LG Wuppertal, Urteil von 29.07.2021 - 4 O 409/20	Geltendmachung des Auskunftsanspruchs nach Art. 15 DSGVO kann rechtsmissbräuchlich sein

23.07.21	FG München, Gerichtsbescheid vom 23.07.2021 -15 K 81/20	kein Anspruch aus Art. 15 DSGVO auf Einsichtnahme oder Übersendung einer Kopie eines Vorlageberichts des Finanzamtes. Begehrt dient in Wirklichkeit nicht dem Ziel der Richtlinie - gleiches gilt für die insoweit inhaltsgleiche DSGVO -, den Schutz der Privatsphäre der Kläger bei der Verarbeitung von sie betreffenden Daten zu gewährleisten. Vielmehr versuchen die Kläger, den Auskunftsanspruch zweckwidrig zu nutzen, um Zugang zu einem Verwaltungsdokument zu erlangen.
01.07.21	LG Bonn, Urteil vom 01.07.2021 - 15 O 372/20	Datenauskunftsanspruch gem. Art. 15 DSGVO gegen Anwaltskanzlei - Auskunft ist keine Datenverarbeitung, kein Schadensersatz
17.06.21	OLG Stuttgart, Urteil vom 17.06.2021 - 7 U 325/20	Lebensversicherung: Zum Auskunftsanspruch nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO
17.06.21	LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 17.06.2021 - L 15 U 144/21 BER	Umfang des Anspruchs auf Kopie
15.06.21	BGH, Urteil v. 15.06.2021 - VI ZR 576/19	Zur Reichweite des Auskunftsanspruchs nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO. Verfahrensgang AG Brühl, Urteil vom 02.05.2018 - 24 C 407/17; LG Köln, Urteil vom 19.06.2019 - 26 S 13/18; BGH, Urteil vom 15.06.2021 - VI ZR 576/19.
10.06.21	LAG Hessen, 10.06.2021 - 9 Sa 861/20	Auskunftsrecht gegenüber
08.06.21	OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 08.06.2021 - 16 A 1582/20	Anspruch auf unentgeltliche Zurverfügungstellung einer Datenkopie der eigenen Aufsichtsarbeiten im Assessorexamen bejaht
08.06.21	LG Aurich, Urteil vom 08.06.2021 - 3 O 1279/20	Kein Anspruch auf Information und Kopie im Rahmen von Anpassung von Versicherungsprämien
31.05.21	AG Wiesbaden, Urteil vom 31.05.2021 - 93 C 3382/20	Umfang und Grenzen Umfang und Grenzen des Ausgleichsanspruchs nach Art. 15 DSGVO gegenüber einem Unternehmen, das ein Kreditinformationssystem betreibt
20.05.21	AG Siegen, Urteil vom 20.05.2021 - 14 C 1101/20	(Hinweis: kein Urteil zu Art. 15, sondern zu §§ 630 g Abs. 1 Satz 1, 630 a Abs. 1, 1629 BGB) - Einsicht in die Patientenakte eines Minderjährigen durch einen sorgeberechtigten Elternteil
11.05.21	LAG Hamm, Urteil vom 11.5.2021 - 6 Sa 1260/20	€1.000 Schadensersatz wegen fehlender/verspäteter Auskunft
29.04.21	VG Schwerin, Urteil vom 29.04.2021 - 1 A 1343/19 SN	Datenschutzrechtliche Anweisung zur Herausgabe einer vollständigen Kopie (Art. 15 Abs. 3 DSGVO) eines Immobilien Beweissicherungsgutachten nach Art. 58 Abs. 2 Buchst. c DSGVO an den Eigentümer des begutachteten Objekts ist rechtmäßig
29.04.21	OLG Köln, Beschluss vom 29.04.2021 - 15 W 29/21	Keine Auskunft gem. § 14 Abs. 4 TMG nach Beitragslöschung
27.04.21	BAG, Urteil vom 27.04.2021 - 2 AZR 342/20	Überlassung einer Datenkopie Bestimmtheit des Klageantrags
26.04.21	AG Wiesbaden, Teilurteil vom 26.04.2021 - 93 C 2338/20	Auskunftspflicht des Vermieters zur Verarbeitung personenbezogener Daten des Mieters, Datenverarbeitung durch Ablesediensleister
24.03.21	LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 24.03.2021 - L 12 AS 2102/19	Auskunft über Speicherungen des Sozialhilfeträgers
18.03.21	LAG Berlin Brandenburg, Beschluss vom 18.03.2021 - 26 Ta26 Ta (Kost) 6110/20	Wert eines Auskunftsanspruchs nach Art. 15 DSGVO
17.03.21	LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 17.03.2021 - 21 Sa 43/20	Herausgabe leistungs- und verhaltensbezogener Daten. Verfahrensgang ArbG Stuttgart, 05.06.2019 - 3 Ca 4960/18; LAG Baden-Württemberg, 17.03.2021 - 21 Sa 43/20; BAG, 16.12.2021 - 2 AZR 235/21
18.02.21	Österreichischer OGH, Beschluss vom 18.02.2021 - GZ 6Ob159/20f (EuGH C-154/21)	Vorlagefrage an EuGH: Ist Art 15 Abs 1 lit c [DSGVO] dahingehend auszulegen, dass sich der Anspruch auf die Auskunft über Empfängerkategorien beschränkt, wenn konkrete Empfänger bei geplanten Offenlegungen noch nicht feststehen, der Auskunftsanspruch sich aber zwingend auch auf Empfänger dieser Offenlegungen erstrecken muss, wenn Daten bereits offengelegt worden sind?
03.02.21	Amtsgericht Lehrte, Beschluss vom 03.02.2021 - 9 C 139/20	Negative DSGVO-Auskunftspflicht
12.01.21	LG Frankenthal (Pfalz), Grund- und Teilurteil vom 12.01.2021 - 1 HK O 4/19	Die Geltendmachung des datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs ist rechtsmissbräuchlich, soweit ersichtlich datenschutzwidrige Zwecke verfolgt werden.
04.01.21	LG Köln, Schlussurteil vom 04.01.2021 - 26 O 25/18	Streitwert für Klageantrag auf Datenauskunft
22.12.20	AG Kerpen, Urteil vom 22.12.2020 - 106 C 96/20	Datenauskunft zur Vorbereitung eines Gerichtsverfahrens, kein Rechtsmissbrauch bei mehreren Zwecken
17.12.20	OGH Österreich (Oberster Gerichtshof), Beschluss vom 17.12.2020 - 6 Ob 138/20t	Umfang des Rechts auf Kopie
07.12.20	OLG Wien, Urteil vom 07.12.2020 - 11 R 153/20f, 154/20b	€500 Schadensersatz wegen verspäteter Auskunft an Max Schrems
03.12.20	LG Münster, Urteil vom 03.12.2020 - 115 O 220/18	Auskunftsanspruch gegenüber Krankenversicherung

12.11.20	OLG Köln, Beschluss vom 12.11.2020 - I 9 W 34/20	Pauschaler Streitwert für Datenschutzauskunftsanspruch
11.11.20	LG Köln, Urteil vom 11.11.2020 - 23 O 172/19	Auskunftsanspruch gegenüber Krankenversicherung
04.11.20	LG Stuttgart, Urteil vom 04.11.2020 - 18 O 333/19	Fondsgebundene Rentenversicherung: Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch eines Versicherungsnehmers
03.11.20	LG Wiesbaden, Schlussurteil vom 3.11.2020 - 8 O 14/19	Streitwert für Auskunftsanspruch gegenüber Versicherung
30.10.20	LAG Nürnberg, Beschluss vom 30.10.2020 - 2 Ta 123/20	Streitwert für Auskunftsanspruch im Arbeitsverhältnis
23.10.20	OLG Köln, Urteil vom 23.10.2020 - 20 U 57/19	Auskunftsanspruch gegen Versicherung, Entscheidung über Kosten nach Erledigung: Klägerin hatte Anspruch auf Auskünfte (1) zum Verlauf des Prämienkontos, (2) zum Zustandekommen des Versicherungsverhältnisses und (3) zu der zu diesem gespeicherten Korrespondenz. Gleiche Sache wie LG Köln, 18.03.2019 - 26 O 25/18.
16.09.20	BVerwG, Urteil vom 16.9.2020 - 6 C 10/19	Insolvenzverwalter hat keinen Auskunftsanspruch gegenüber dem Finanzamt bzgl. personenbezogener Daten des Insolvenzschuldners, da kein "Betroffener". Verfahrensgang: VG Lüneburg, 01.03.2017 - 1 A 343/15; OVG Niedersachsen, 20.06.2019 - 11 LC 121/17; BVerwG, 16.09.2020 - 6 C 10.19.
10.09.20	OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 10.09.2020 - 1 B 646/20	Einstweilige Anordnung auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
10.09.20	OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 10.09.2020 - 1 B 648/20	Kein Auskunftsanspruch im einstweiligen Rechtsschutzverfahren. Verfahrensgang: VG Köln, Beschluss vom 20.04.2020 - 15 L 1916/19; OVG Nordrhein-Westfalen, 10.09.2020 - 1 B 648/20.
28.08.20	LG Ulm, Urteil vom 28.08.2020 - 3 O 248/19	Umfang des Auskunftsanspruchs gegenüber Versicherung
11.08.20	ArbG Neumünster, Urteil vom 11.08.2020 - 1 Ca 247 c/20	Schadensersatz wegen verspäteter Auskunftserteilung
30.07.20	AG Bonn, Urteil vom 30.07.2020 - 118 C 315/19	Datenschutzrechtlicher Anspruch des Bankkunden auf Auskunft über Kontobewegungen (Art. 15 DSGVO)
16.07.20	ArbG Bonn, Urteil vom 16.07.2020 - 3 Ca 2026/19	Auskunftsanspruch, Arbeitnehmer, Präzisierung, personenbezogene Daten, kostenlose Kopie
30.06.20	LG Bonn, Beschluss vom 30.6.2020 - 9 OH 13/19	Datenauskunft im selbstständigen Beweisverfahren
24.06.20	LG Köln, Schlussurteil vom 24.06.2020 - 20 O 241/19	Datenauskunft durch Übersendung einer Schadensakte
23.06.20	AG Seligenstadt, Urteil vom 23.06.2020 - 1 C 7/19 (3)	Reichweite Art. 15 DSGVO
22.06.20	VG Cottbus, Urteil vom 22.06.2020 - 8 K 444/17	Kein Anspruch auf Einsicht in Jugendamtsakten der Kinder aus Art. 15 DSGVO - Auskunftsanspruch besteht nur im Hinblick auf die zur eigenen Person gespeicherten Daten.
17.06.20	OLG Köln, Beschluss vom 17.6.2020 - 5 W 16/20	Gebührenstreitwert bei Auskunftsanspruch
09.06.20	LAG Niedersachsen, Urteil vom 09.06.2020 - 9 Sa 608/19	Zum Umfang des Anspruchs auf Kopie
29.05.20	Landgericht Dresden, Urteil vom 29.05.2020 - 6 O 76/20	Patient hat gegen Krankenhaus Anspruch auf Herausgabe von Behandlungsunterlagen sowohl nach § 630g BGB als auch nach Art. 15 DSGVO. Erstauskunft ist kostenfrei.
28.05.20	LAG Nürnberg, Beschluss vom 28.05.2020 - 2 Ta 76/20	Zum Streitwert bei einem DSGVO-Auskunftsanspruch
27.04.20	VG Gelsenkirchen, Urteil vom 27.04.2020 - 20 K 6392/18	Einsicht in Prüfungsakten
20.04.20	VG Köln, Beschluss vom 20.04.2020 - 15 L 1916/19	Kein Auskunftsanspruch im einstweiligen Rechtsschutzverfahren. Verfahrensgang: VG Köln, Beschluss vom 20.04.2020 - 15 L 1916/19; OVG Nordrhein-Westfalen, 10.09.2020 - 1 B 648/20.
20.04.20	OLG Köln, Beschluss vom 20.04.2020 - 15 W 5/20	Datenauskunft nach Art. 15 DSGVO im selbstständigen Beweisverfahren
06.04.20	LG München I, Endurteil vom 06.04.2020 - 3 O 909/19	Auskunftsanspruch (auch) des Kapitalanlegers nach Art. EWG_DSGVO Artikel 15 DSGVO (Kopien der personenbezogenen Daten)
05.03.20	ArbG Düsseldorf, Urteil vom 5.3.2020 - 9 Ca 6557/18	Anspruch auf Erteilung einer Datenkopie nach DSGVO
21.02.20	LG Heidelberg, Urteil vom 21.02.2020 - 4 O 6/19	Anspruch auf Auskunftserteilung nach der DSGVO gegenüber einem Insolvenzverwalter
06.02.20	OLG Köln, Beschluss vom 06.02.2020 - 20 W 9/19	Streitwert für einen Anspruch aus Art. 15 DSGVO €5.000
29.01.20	OLG Köln, Beschluss vom 29.01.2020 - 18 AR 10/20	Gerichtsstand für Klage gegen Insolvenzverwalter auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
27.01.20	LG Mosbach, Beschluss vom 27.01.2020 - 5 T 4/20	DSGVO-Auskunft: Herkunft der Daten
23.01.20	LAG Baden-Württemberg, Beschluss vom 23.01.2020 - 5 Ta 123/19	Streitwert für einen Anspruch auf Erteilung einer Datenauskunft
16.12.19	LAG Düsseldorf, Beschluss vom 16.12.2019 - 4 Ta 413/19	Der Wert eines Auskunftsbegehrens nach Art. 15 DSGVO beträgt 500,- EUR, sofern nicht besondere Umstände hinzutreten
16.12.19	LG Berlin, Beschluss vom 16.12.2019 - 35 T 14/19	Streitwert für Klage auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
12.12.19	AG Wertheim, Beschluss vom 12.12.2019 - 1 C 66/19	Verhängung von 15.000,- EUR Zwangsgeld, ersatzweise je €500 ein Tag Zwangshaft, wegen unvollständiger Auskunft (die personenbezogenen Daten selbst fehlten, ebenso Metainformationen).

17.09.19	LG Landau, Beschluss vom 17.09.2019 - 4 O 389/17	Vollstreckung des Auskunftsanspruchs nach Art. 15 DSGVO
04.09.19	AG München, Teilurteil vom 04.09.2019 - 155 C 1510/18	Umfang und Reichweite des Auskunftsanspruchs nach Art. 15 DSGVO. Verurteilung zur Erteilung von Auskunft über Daten zu Inkassokosten, die betreffend gerichtlich geltend gemachten Forderungen in den Haupt- und Nebenbüchern der Buchhaltung, gespeichert sind.
03.09.19	OLG Köln, Beschluss vom 03.09.2019 - 20 W 10/18	Streitwert für den Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO
28.08.19	VG München, Urteil vom 28.08.2019 - M 9 K 18.4706	Kein Anspruch auf Auskunft über Namen und Anschrift des Melders der Zweckentfremdung einer Wohnung
29.07.19	AG Berlin-Mitte, Urteil vom 29.07.2019 - 7 C 185/18	Macht ein Anwalt für Mandanten Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO geltend muss eine Originalvollmacht vorgelegt werden. Die Monatsfrist nach Art. 12 Abs. 3 S. 1 DSGVO beginnt dann erst nach dem Eingang dieser Vollmacht beim Auskunftspflichteten.
26.07.19	OLG Köln, Urteil vom 26.07.2019 - 20 U 75/18	Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch umfasst auch Gesprächsnotizen und Telefonvermerke
17.07.19	OLG Köln, Beschluss vom 17.07.2019 - 13 W 25/19	Einer Beschwerde gegen die vorläufige Festsetzung des Streitwerts fehlt das Rechtsschutzbedürfnis. Das gilt auch, soweit damit zugleich der Zuständigkeitsstreitwert festgesetzt wird.
20.06.19	OVG Niedersachsen, Urteil vom 20.06.2019 - 11 LC 121/17	Insolvenzverwalter hat keinen Auskunftsanspruch gegenüber dem Finanzamt bzgl. personenbezogener Daten des Insolvenzschuldners, da kein "Betroffener". Verfahrensgang: VG Lüneburg, 01.03.2017 - 1 A 343/15; OVG Niedersachsen, 20.06.2019 - 11 LC 121/17; BVerwG, 16.09.2020 - 6 C 10.19.
19.06.19	LG Köln, Urteil vom 19.06.2019 - 26 S 13/18	Reichweite des Datenauskunftsanspruchs. Verfahrensgang AG Brühl, Urteil vom 02.05.2018 - 24 C 407/17; LG Köln, Urteil vom 19.06.2019 - 26 S 13/18; BGH, Urteil vom 15.06.2021 - VI ZR 576/19.
05.06.19	ArbG Stuttgart, Urteil vom 05.06.2019 - 3 Ca 4960/18	Datenschutzrechtlicher Auskunft- und Herausgabeanspruch. Verfahrensgang ArbG Stuttgart, 05.06.2019 - 3 Ca 4960/18; LAG Baden-Württemberg, 17.03.2021 - 21 Sa 43/20; BAG, 16.12.2021 - 2 AZR 235/21
03.04.19	FG des Saarlandes, Beschluss vom 03.04.2019 - 2 K 1002/16	Auf Datenschutz-Grundverordnung gestützter gebundener Anspruch auf Akteneinsicht im Saarland während einer laufenden Betriebsprüfung auch für Zeiträume vor dem 25.5.2018.
18.03.19	LG Köln, Teilurteil vom 18.03.2019 - 26 O 25/18	Auskunftsanspruch gegen Versicherung, Restriktive Auslegung: Auskunftsanspruch nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO dient nicht der vereinfachten Buchführung des Betroffenen sondern Beurteilung von Umfang und Inhalt der gespeicherten personenbezogenen Daten. Gleiche Sache wie OLG Köln, 23.10.2020 - 20 U 57/19.
13.03.19	Regionalgericht Bern-Mittelland, Urteil vom 13.03.2019 - CIV 18 5595 HEA	Nur begrenzter Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO bei Bonitätsabfragen
20.12.18	LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 20.12.2018 - 17 Sa 11/18	Umfassender datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO des Arbeitnehmers gegen Arbeitgeber (hier Anspruch Mitarbeiter Rechtsabteilung gegen Daimler auf Kopie seiner personenbezogenen Leistungs- und Verhaltensdaten) - Abwägung mit Geheimhaltungsinteressen Dritter (§ 29 Abs. 1 Satz 2 BDSG).
23.10.18	KG Berlin, Beschluss vom 23.10.2018 - 6 U 45/18	Anspruch des VN oder des Versicherten auf Übermittlung einer Kopie des im Auftrag des Berufsunfähigkeitsversicherers über seinen Gesundheitszustand eingeholten medizinischen Gutachtens jetzt auch aus Art. 15 DSGVO. Vorinstanz LG Berlin, 01.03.2018 - 23 O 143/17.
20.09.18	OLG Düsseldorf, Urteil vom 20.09.2018 - 20 U 127/17	Keine Irreführung einer Auskunft bei Aussage "1 x im Jahr kostenlose Datenschutzauskunft"
03.09.18	OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 03.09.2018 - 20 W 171/18	Kein Anspruch auf Einsicht in Grundbuch um Rechtmäßigkeit einer Videoüberwachung bzw Datenschutzverstoß zu prüfen
02.05.18	AG Brühl, Urteil vom 02.05.2018 - 24 C 407/17	Ablehnung Auskunftsanspruch gegen Versicherung ("Ausforschung"). Verfahrensgang AG Brühl, Urteil vom 02.05.2018 - 24 C 407/17; LG Köln, Urteil vom 19.06.2019 - 26 S 13/18; BGH, Urteil vom 15.06.2021 - VI ZR 576/19.
29.08.17	AG Dortmund, Urteil vom 29.08.2017 - 425 C 3489/17	Eine Elektronische Mitteilung reicht für Erfüllung des datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs nach § 34 BDSG aus. Um keine personenbezogenen Daten handelt es sich im Rahmen eines Versicherungsvertrages bei (1) Abschluss-/Storno-/Verwaltungs- und Risikokosten und (2) die vom Versicherer gezogenen Nutzungen aus dem nutzbaren Kapital des Versicherten. Der Anspruch auf § 34 BDSG bezieht sich lediglich auf Mitteilung von Informationen, ein Anspruch auf körperliche Herausgabe von oder Einsicht in Akten besteht nicht.
08.08.17	AG München, Urteil vom 08.08.2017 - 172 C 1891/17	Kein Akteneinsichtsrecht bei datenschutzrechtlichem Auskunftsanspruch gem. § 34 BDSG, Beschränkung durch Geschäftsgeheimnisse
05.07.17	BGH, Urteil v. 05.07.2017 - IV ZR 121/15	Zur Frage, ob der Versicherer im Rahmen seiner Leistungsprüfung vom Versicherten die Abgabe einer Schweigepflichtentbindungserklärung verlangen darf und ob er in Fällen der Datenerhebung ohne ausreichende Rechtsgrundlage gehindert ist, sich auf die Ergebnisse seiner Ermittlungen zu berufen.
18.04.16	BGH, Beschluss vom 18.04.2016 - II ZR 48/15	Vereinbarkeit der Weitergabe von Namen und Anschriften der Treugeber einer Fondsgesellschaft an Mitgeschafter bzw. Mitreugeber mit Bundesdatenschutzgesetz (BDSG); Übermittlung ihrer Daten an ihre Mitgeschafter zur Durchführung des Gesellschaftsvertrags. Dieselbe Sache wie BGH, Beschluss vom 22.02.2016 - II ZR 48/15.

24.03.16	OLG München, Urteil vom 24.03.2016 - 23 U 3886/15	Ein Vereinsmitglied hat kraft seines Mitgliedschaftsrechts einen Anspruch auf Offenbarung der Namen und Anschriften der Mitglieder des Vereins, wenn es ein berechtigtes Interesse darlegen kann, dem kein überwiegendes Interesse des Vereins oder berechnigte Belange der Vereinsmitglieder entgegenstehen. Datenübermittlung nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BDSG zulässig.
22.02.16	BGH, Beschluss vom 22.02.2016 - II ZR 48/15	Vereinbarkeit der Weitergabe von Namen und Anschriften der Treugeber einer Fondsgesellschaft an Mitgesellschafter bzw. Mitreugeber mit Bundesdatenschutzgesetz (BDSG); Übermittlung ihrer Daten an ihre Mitgesellschafter zur Durchführung des Gesellschaftsvertrags (Hinweisbeschluss). Dieselbe Sache wie BGH, Beschluss vom 18.04.2016 - II ZR 48/15.
09.07.15	BGH, Urteil vom 09.07.2015 - III ZR 329/14	Auskunftsanspruch eines Patienten gegenüber einem Krankenhausträger auf Herausgabe persönlicher Daten eines Körperverletzers nach Prügelei im Krankenzimmer, damit er gegen diesen einen deliktischen Schadensersatzanspruch geltend machen kann.
13.02.15	VG Würzburg, Beschluss vom 13.02.2015 - W 7 E 15.81	Oberbürgermeister muss Chefredakteur Namen der Veranstalter angemeldeter "Pegida"-Demonstration nennen
04.02.15	AG Köln, Urteil vom 04.02.2015 - 134 C 174/14	Kein Auskunftsanspruch nach dem BDSG wegen anwaltlicher Verschwiegenheitspflicht.
27.10.14	AG Düsseldorf, Urteil vom 27.10.2014 - 20 C 6875/14	Der datenschutzrechtliche Auskunftsanspruch nach § 34 BDSG beinhaltet auch die Aussage über die Herkunft der Daten und an welche Empfänger die Daten weitergeleitet wurden.
27.08.14	VG Düsseldorf, Beschluss vom 27.08.2014 - 26 K 3308/14	Einer nach dem IFG NRW grundsätzlich auskunftspflichtigen Stelle steht das Recht zu, das Verlangen einer Information, die ersichtlich für unlautere Zwecke (Missbrauch von Mobilfunknummern) benötigt werden kann, als rechtsmissbräuchlich zurückzuweisen.
18.07.14	AG Leipzig, Urteil vom 18.07.2014 - 107 C 2154/14	Zur Frage, wann ein Anspruch auf datenschutzrechtliche Auskunft erfüllt ist.
03.02.14	BAG, Beschluss vom 03.02.2014 - 10 AZB 77/13	Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für eine Klage des Arbeitnehmers auf Auskunft des Arbeitgebers über die zu seiner Person gespeicherten Daten nach § 34 BDSG.
28.01.14	BGH, Urteil vom 28.01.2014 - VI ZR 156/13	Anspruch gegen SCHUFA auf Mitteilung der eigenen gespeicherten Daten. Schufa-Scoreformel nicht erfasst.
08.08.12	AG Heidelberg, Urteil vom 08.08.2012 - 27 C 45/12	Der datenschutzrechtliche Auskunftsanspruch nach § 34 BDSG umfasst auch die Herkunft der Daten, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, und den Zweck der Speicherung.
25.10.10	BGH, Beschluss vom 25.10.2010 - II ZR 219/09	Berechtigtes Interesse eines Vereinsmitglieds an Kenntnis von Name und Anschrift der übrigen Mitglieder
25.03.10	VG Bremen, Urteil vom 25.03.2010 - 2 K 548/09	Informantenschutz: Arbeitgeber hat keinen Anspruch auf die Preisgabe der Identität des Informanten gegenüber der Aufsichtsbehörde nach Hinweis auf nachlässigen Datenumgang. Etwas anderes gilt nur, wenn der Arbeitnehmer Betriebsgeheimnisse oder strafrechtliche relevante Inhalte weitergegeben hat.
25.03.09	OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 25.03.2009 - 5 B 1184/08	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist auch gegenüber der Presse nicht zu einer konkreten Auskunftserteilung über noch andauernde Ermittlungen und vorläufige Erkenntnisse (hier: Bspitzelungsaffäre der Telekom) verpflichtet.
23.03.09	BVerwG, Beschluss vom 23.03.2009 - 20 F 11.08	Anspruch auf vollständige Auskunft über eigene beim Bundesamt für Verfassungsschutz gespeicherte Daten beschränkt durch Ermessen über die Zurückhaltung einer Auskunft wegen ihrer Geheimhaltungsbedürftigkeit (§ 99 Abs. 1 Satz 2 VwGO)
20.02.09	LG Berlin, Beschluss vom 20.02.2009 - 16 O 64/09	Streitwert datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch 300,- EUR.
16.02.09	OVG Hamburg, Beschluss vom 16.02.2009 - 5 So 31/09	Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts für Rechtsstreitigkeiten über Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz
12.06.08	LG Bielefeld, Urteil vom 12.06.2008 - 7 O 13/08	Voraussetzungen eines Anspruchs auf Auskunftserteilung über die Weitergabe persönlicher Daten gem. § 34 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) i. R. d. grundgesetzlich geschützten informationellen Selbstbestimmungsrechts
10.03.08	BVerfG, Urteil vom 10.03.2008 - 1 BvR 2388/03	Zu den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ablehnung eines Antrags, mit dem ein Einzeler von dem Bundeszentralamt für Steuern Auskunft über ihn betreffende Daten begehrt, die in einer (zulässigen) Datensammlung über steuerliche Auslandsbeziehungen enthalten sind.
12.12.07	OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 12.12.2007 - 23 U 132/07	Keine Einstweiligkeit bei Auskunftsansprüchen - Einstweilige Verfügungen, die auf die Erteilung von Auskünften gerichtet sind, sind grundsätzlich mangels Einstweiligkeit unzulässig (Vorwegnahme der Hauptsache). Dies gilt auch für einen Antrag auf Herausgabe von Daten, die die Mitgesellschafter eines Immobilienfonds betreffen.
08.02.07	BGH, Urteil vom 08.02.2007 - III ZR 148/06	Wohnungseigentümer hat datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruch gegen Vermittler von Ferienwohnungen nach § 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG auf Mitteilung, mit welchen Mietern der Vermittler einen Mietvertrag abgeschlossen hat.
05.10.06	AG Berlin-Tiergarten, Urteil vom 05.10.2006 - (317 OWi) 137 PLS 5743/05 (3235/05)	Keine Auskunftspflicht des Rechtsanwalts gegenüber dem Datenschutzbeauftragten wegen anwaltlicher Schweigepflicht

22.03.05	BVerfG, Beschluss vom 22.03.2005 - 1 BvR 2357/04	Ablehnung einstweilige Anordnungen gegen das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit, mit dem die Finanzverwaltung zu Zwecken der Erhebung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie der Überprüfung der Berechtigung für Sozialleistungen automatisiert Kontostammdaten bei Kreditinstituten abrufen kann. Wird die Aussetzung des Vollzugs eines Gesetzes begehrt, ist ein besonders strenger Maßstab anzulegen.
----------	--	--